

# Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Bayern im Jahr 2013

Dr. Tilman von Roncador unter Mitarbeit von Christina Stork, B.Sc.

Im Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt Bayerns um 1,0% nach einer Zunahme von 0,9% im Jahr 2012. Der Zuwachs blieb damit 0,6 Prozentpunkte über dem deutschlandweiten Wirtschaftswachstum. Die hohen Wachstumsraten aus den Jahren 2010 und 2011 wurden aber klar verfehlt. Expansive Impulse entstanden durch die Weltwirtschaft und den internationalen Handel, die Eurokrise wirkte trotz der jüngsten Beruhigung nach wie vor dämpfend. Nach einem schwachen Jahresanfang stabilisierte sich die deutsche Konjunktur in den Quartalen zwei bis vier. In mittel- und langfristiger Betrachtung war das Wirtschaftswachstum in Bayern von allen Bundesländern am höchsten. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg 2013 auf einen Rekordwert von 7,02 Millionen und nahm damit seit 2003 weiterhin ununterbrochen zu.

## Einleitung

Der Versuch, den Wohlstand eines Landes anhand statistischer Daten messbar zu machen, reicht bis in das England des 17. Jahrhunderts zurück, als William Petty erstmals hierzu Schätzungen veröffentlichte. In Deutschland gab es im 19. Jahrhundert erste Versuche.<sup>1</sup> Die über lange Zeiträume entstandene Konzeption des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird heute im Allgemeinen sowohl zur Darstellung des Wohlstandsniveaus eines Landes als auch zur Messung des Wirtschaftswachstums bzw. der Wohlstandsmehrung verwendet. In letzter Zeit wurde hierbei das Bruttoinlandsprodukt als alleiniges Maß für die Wohlfahrt eines Landes hinterfragt.<sup>2</sup> Das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes und auch ein enger Zusammenhang zum Wohlstand werden jedoch überwiegend anerkannt.<sup>3</sup> Daher erfolgt die Messung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Bayerns nachfolgend anhand des Bruttoinlandsprodukts, im Bewusstsein seiner Mängel aber auch der Erkenntnis von Diane Coyle, dass es hierfür „einen besseren Job macht als alle anderen derzeit verfügbaren Alternativen“.<sup>4</sup> Für die Politik wohl fast noch bedeutender als das Wirtschaftswachstum ist der Arbeitsmarkt.<sup>5</sup> Neben den monatlich von der Bundesagentur für Arbeit erhobenen Zahlen zur Arbeitslosigkeit veröffentlicht die amtliche Statistik auch die Zahl der Erwerbstätigen

und erlaubt somit einen Blick auf die Wirkungen des Wirtschaftswachstums auf den Arbeitsmarkt.

## Wirtschaftliches Umfeld

Im Jahr 2013 wuchs die Weltwirtschaft nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IMF) um 3,0%. Gegenüber dem Jahr 2012 schwächte sich das Wirtschaftswachstum damit um 0,2 Prozentpunkte ab und blieb auch klar hinter den Wachstumsraten der Jahre 2003 bis 2007 zurück, die zwischen 3,8% und 5,3% schwankten. Das Volumen des internationalen Handels von Gütern und Dienstleistungen, das für die stark exportorientierte deutsche Volkswirtschaft von besonderer Bedeutung ist, stieg ebenfalls um 3,0% und übertraf damit leicht die Zunahme von 2,8% aus dem Jahr 2012. Wie auch schon bei der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts wurden somit die Raten aus den Jahren 2003 bis 2007, die zwischen 5,9% und 10,9% lagen, klar verfehlt. Dennoch gingen von der Weltwirtschaft expansive Wirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft aus. Dabei kamen die stärksten Impulse aus den Schwellen- und Entwicklungsländern Asiens, in welchen das BIP real um 6,5% zulegte gegenüber einem Wirtschaftswachstum der Entwicklungs- und Schwellenländer insgesamt von 4,7%. Die entwickelten Länder kamen hingegen nur auf eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 1,3%.<sup>6</sup>

1 Vgl. Zur Entstehungsgeschichte Lepenies, P. (2013), Die Macht der einen Zahl, Frankfurt/M.

2 Am öffentlichkeitswirksamsten erfolgte dies durch den Bericht der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission im Jahr 2009. Abrufbar unter [www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm](http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm).

3 So nahm die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags das BIP als einen Indikator für materiellen Wohlstand in die zehn Leitindikatoren auf. Vgl. hierzu Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ (2013), Übersicht auf S. 289.

4 Vgl. Coyle, D. (2014), GDP – A brief but affectionate history, Princeton, New Jersey, S. 136.

5 So erfolgten fünf der sieben bisherigen Kanzlerwechsel (Ausnahmen waren Adenauer/Erhard und Kiesinger/Brandt) in Jahren mit deutlich angestiegenen Arbeitslosenraten.

6 Vgl. für die Angaben in diesem Absatz World Economic Outlook, April 2014, abgerufen am 23. Mai 2014 unter [www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2014/01/weodata/index.aspx](http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2014/01/weodata/index.aspx).

Die Eurozone befand sich wie auch schon im Jahr 2012 in einer Rezession. Das BIP nahm um 0,4% ab. Innerhalb der Eurozone schwankte das Bruttoinlandsprodukt erheblich. Es reicht von einer Zunahme um 2,6% in Malta bis zu drastischen Rückgängen von 5,4% in Zypern und 3,9% in Griechenland.<sup>7</sup> Deutschland liegt hier mit einer Zunahme von 0,4% im Mittelfeld. Die schwache wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone steht in engem Zusammenhang mit der im Mai 2010 einsetzenden Staatsschuldenkrise in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, später auch in Italien und Zypern.<sup>8</sup> Die Kreditwürdigkeit dieser Staaten auf den internationalen Finanzmärkten sank drastisch ab, wodurch sich die Zinsen auf neu emittierte Staatsanleihen zunehmend erhöhten. Gleichzeitig sanken die Zinsen für Länder, deren Kreditwürdigkeit als positiv bewertet wurde. Um eine weitere Verschlechterung der Staatshaushalte durch stark steigende Zinslasten zu verhindern, wurde für die betroffenen Staaten ein „Euro-Rettungsschirm“ eingerichtet, dessen Leistungen jedoch an teilweise drastische Einsparungen gebunden waren. Die Rückführung der Staatsausgaben in den betroffenen Ländern, etwa durch Streichung von Investitionsprojekten oder Kürzung von Gehältern von

Staatsbediensteten führte in den betroffenen Ländern über eine Abwärtsspirale von Nachfragerückgang, steigender Arbeitslosigkeit und rückläufigen Einkommen zu teilweise drastischen und mehrere Jahre anhaltenden Rezessionen. Diese Entwicklung traf über die starken Außenhandelsverflechtungen der Mitgliedsländer der Eurozone auch die deutsche Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren in erheblichem Ausmaß.

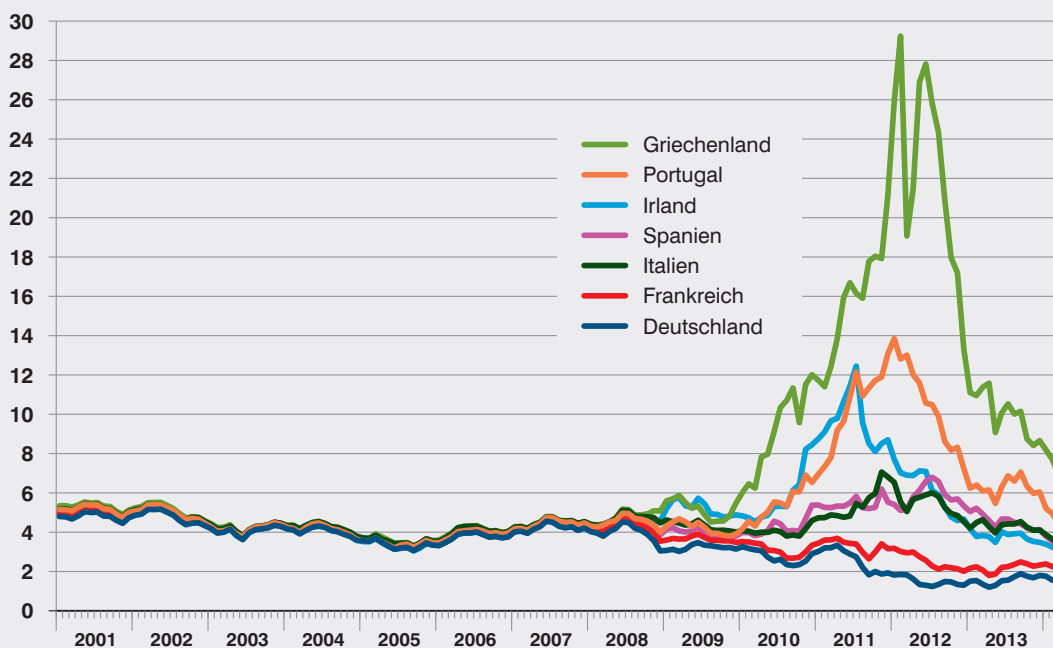
Die hier nur ansatzweise skizzierte wirtschaftliche Abwärtsentwicklung führte zu verstärkten Zweifeln an der Möglichkeit eines Fortbestands der Eurozone. Zu unterschiedlich schienen vielen die in der Währungsunion verbundenen Staaten. Auch an den Finanzmärkten wurde in den Jahren 2011 und 2012 verstärkt mit einem Auseinanderbrechen der Eurozone gerechnet. Inzwischen hat sich diesbezüglich die Situation jedoch deutlich entspannt. Der vom Analysehaus Sentix ermittelte Euro-Break-up-Index fiel im April 2014 auf 9,8% und unterschritt somit erstmals seit Bestehen des Index die Marke von 10%. Dies bedeutet, dass nur noch 9,8% der befragten Personen mit dem Austritt eines Landes aus dem Euroraum innerhalb der nächsten zwölf Mo-

<sup>7</sup> Vgl. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plu gin=1&language=de&pc ode=tec00115>, abgerufen am 30. Mai 2014. Im Jahr 2013 wuchs das BIP in Lettland um 4,1%, zu diesem Zeitpunkt war das Land aber noch nicht Mitglied der Eurozone. Der Wert für Griechenland ist von Eurostat geschätzt.

<sup>8</sup> Ein Erklärungsversuch der Eurokrise findet sich beispielsweise in Sinn, H.-W. (2012), Die TARGET-Falle, München, vor allem Kapitel 3 und 4. In der öffentlichen Diskussion um die Eurokrise spielen Gründe wie die Wirtschaftsstruktur der südeuropäischen Länder, in denen beispielsweise die Textilindustrie, die besonders stark von den aufstrebenden Schwellenländern bedrängt wurde, eine weit höhere Bedeutung hat als in Deutschland, kaum eine Rolle. Auch die sich verschlechternde Wettbewerbssituation der sehr bedeutenden Tourismusindustrie im Vergleich zu gegenüber dem Euro abwertenden Ländern wird kaum erwähnt. Auch auf Mängel bei den politischen Institutionen, speziell im Falle Griechenlands, wird eher nur am Rande eingegangen. Demgegenüber dominiert die Argumentationslinie, die Eurokrise sei entstanden, da die Krisenländer auf Pump über ihre Verhältnisse gelebt und über zu hohe Lohnabschlüsse ihre Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hätten.

**Umlaufrenditen zehnjähriger Staatsanleihen ausgewählter Mitgliedsstaaten des Euroraums seit Januar 2001**  
in Prozent

Abb. 1



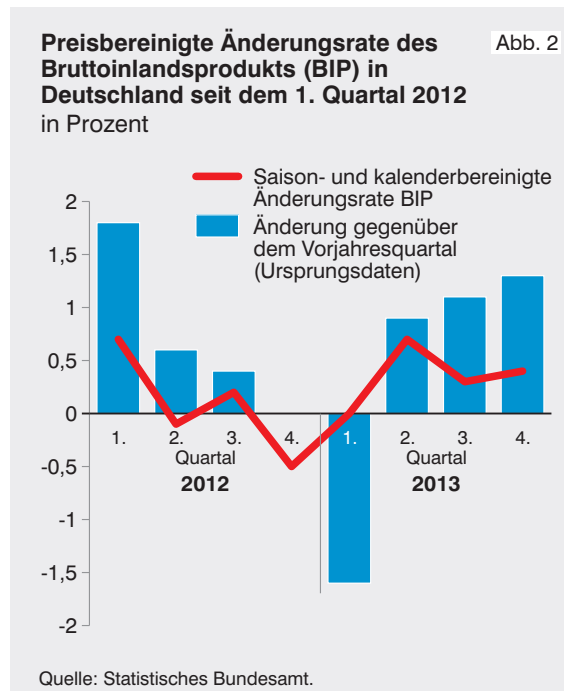
Quelle: Europäische Zentralbank.

nate rechnen. Im Juli 2012 hatte dieser Wert noch bei 73% gelegen.<sup>9</sup>

Der Euro-Rettungsschirm und die Erklärung des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, am 26. Juli 2012, dass die Europäische Zentralbank innerhalb ihres Mandats bereit sei zu tun, was immer auch nötig ist, um den Euro zu retten, haben die Erwartungen möglicher Zahlungsausfälle bei den Staatsanleihen der Krisenländer an den Finanzmärkten weitgehend begrenzt. Dies spiegelt sich an den Umlaufrenditen von Staatsanleihen der Länder des Euroraums wider. Die Zinsdifferenzen, die sich ab dem Jahr 2008 stark ausgeweitet hatten, näherten sich in den letzten Monaten wieder an<sup>10</sup> (vgl. Abbildung 1). Selbst das am meisten von der Staatsschuldenkrise betroffene Griechenland konnte inzwischen an den Anleihemarkt zurückkehren und eine fünfjährige Anleihe im Volumen von 20 Milliarden Euro zu einem Zinssatz von unter 5% platzieren.<sup>11</sup> Die Entspannung an den Finanzmärkten hat sich jedoch im Jahr 2013 weder in den Krisenländern noch in Deutschland nachhaltig auf das Wirtschaftswachstum ausgewirkt.

### Das Wirtschaftswachstum in Deutschland im Jahresverlauf 2013

In Deutschland erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013 preisbereinigt um 0,4% nach

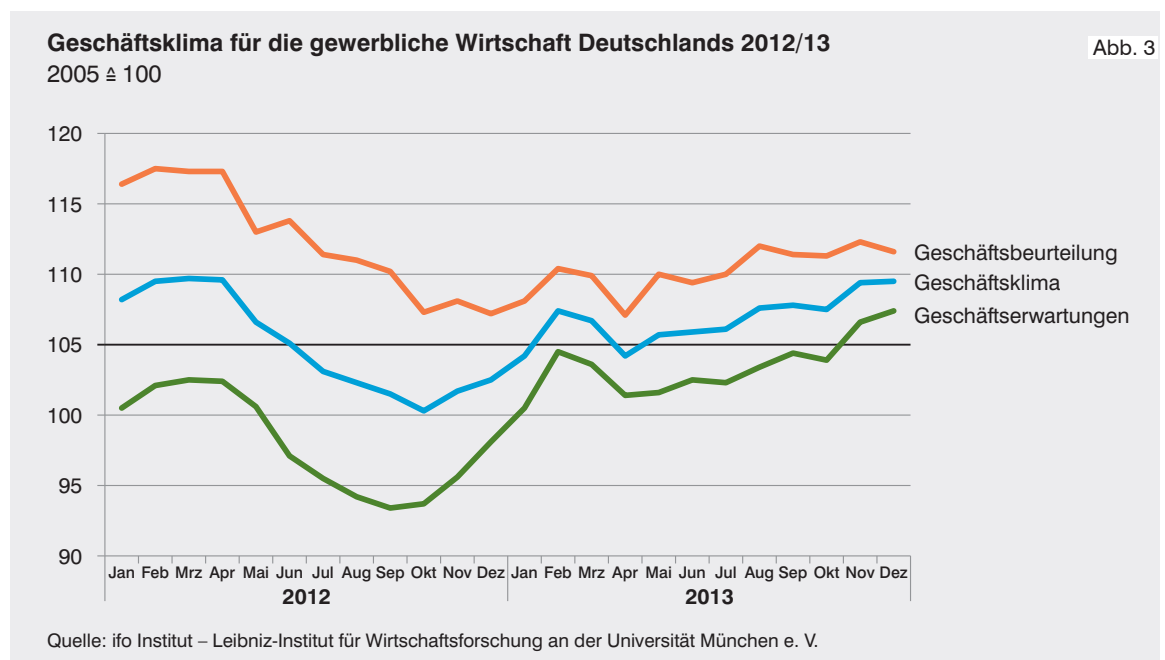


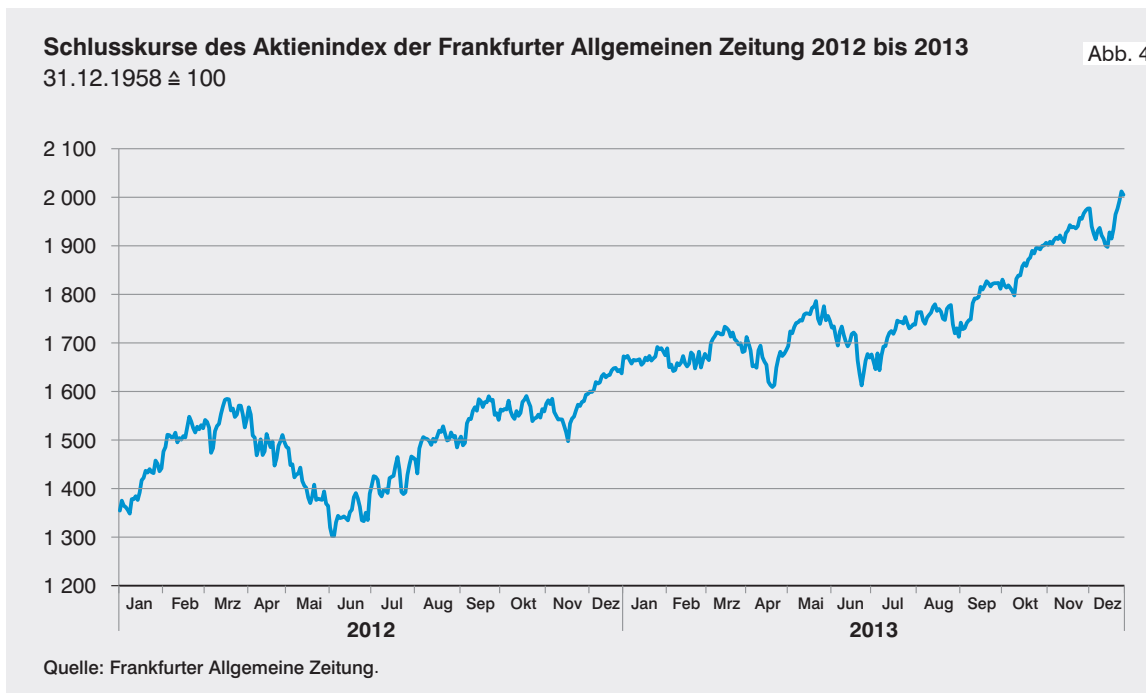
einem Wachstum um 0,7% im Jahr 2012. Anders als auf Länderebene gibt es auf der Bundesebene auch vierteljährliche Ergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt, sodass auch eine unterjährige Beobachtung des Konjunkturverlaufs möglich ist. Dabei zeigte sich vor allem im Jahresübergang 2012/2013 eine Schwächephase (vgl. rote Linie in Abbildung 2). Im letzten Quartal des Jahres 2012 sank das Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigt ge-

9 Vgl. Wanke, S., Euro Break-up Index vor Europawahl erstmals unter 10%, abgerufen am 30. April 2014 unter [www.sentix.de/index.php/sentix-Euro-Break-up-Index-News/euro-break-up-index-vor-europawahl-erstmals-unter-10-prozent.html](http://www.sentix.de/index.php/sentix-Euro-Break-up-Index-News/euro-break-up-index-vor-europawahl-erstmals-unter-10-prozent.html).

10 Vgl. Europäische Zentralbank, abgerufen am 30. April 2014 unter [www.ecb.europa.eu/stats/money/long/html/index.en.html](http://www.ecb.europa.eu/stats/money/long/html/index.en.html).

11 Vgl. Riesennachfrage nach Griechen-Bond; in: Börsen-Zeitung vom 11. April 2014, S. 17.





genüber dem Vorquartal um knapp 0,5%. Das erste Quartal 2013 blieb unverändert. Ab dem zweiten Quartal wurde diese Schwächeperiode dann überwunden. Gewisse Nachholeffekte führten zu einem starken zweiten Quartal, während sich die Wachstumsraten des dritten und vierten Quartals im Rahmen der Jahreswachstumsrate hielten.

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Laufe des Jahres 2013 zeigte sich auch im ifo-Geschäftsklimaindex und bei den Aktienkursen, die beide als vorlaufende Indikatoren der konjunkturellen Entwicklung gelten. Von April bis Oktober 2012 zeigte der Geschäftsklimaindex einen fallenden Verlauf (vgl. mittlere Kurve in Abbildung 3). Der Erholung folgte im März und April 2013 nochmals eine leichte Abschwächung, ehe es bis zum Jahresende 2013 stetig aufwärts ging. Bei den Aktienkursen, hier dargestellt anhand des FAZ-Aktienindex<sup>12</sup>, war die Tendenz von Mitte März bis in die erste Juniwoche 2012 abwärts gerichtet (vgl. Abbildung 4). Der sich daran anschließende Aufschwung ging ab Mitte September 2012 in eine Seitwärtsbewegung über, der im November 2012 ein kurzer Rückgang folgte. In der ersten Jahreshälfte 2013 bewegte sich der Aktienmarkt ebenfalls seitwärts und hatte, ähnlich dem ifo-Geschäftsklima von Mitte März bis Mitte April nochmals eine Schwächephase. Beide Frühindikatoren

deuteten somit bereits in der ersten Jahreshälfte 2012 auf die sich abzeichnende konjunkturelle Abschwächung hin und nahmen die Erholung ab dem zweiten Quartal mit Anstiegen ab November 2012 vorweg.

#### Die Entwicklung des bayerischen Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum deutschen

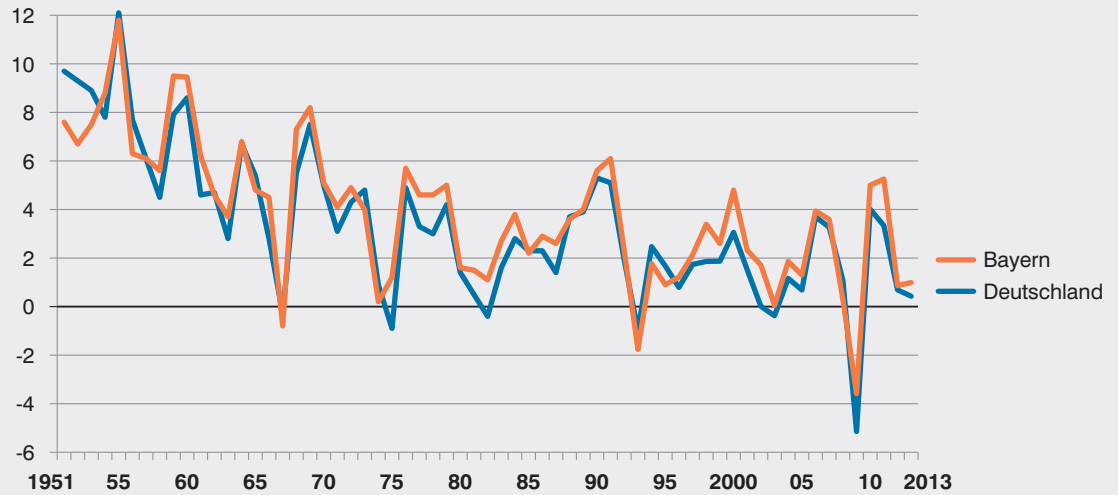
Das bayerische Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahr 2013 um 1,0%, nachdem es ein Jahr zuvor um 0,9% zugelegt hatte. Damit wuchs die bayerische Volkswirtschaft in beiden Jahren zwar etwas schneller als die deutsche, die recht hohen Wachstumsraten aus den beiden Nachrezessionsjahren 2010 und 2011 von 5,0% und 5,3% wurden allerdings klar verfehlt. Die Wachstumsraten der letzten beiden Jahre liegen sogar etwas unterhalb des Niveaus der als besonders wachstumsschwach geltenden Jahre 2002 bis 2005, während der es in Deutschland eine intensive Debatte um die Zukunft des Wirtschaftsstandortes gegeben hatte, die letztlich zur Agenda 2010 führte.<sup>13</sup>

Bayern folgt in den meisten Jahren seit 1951 überwiegend dem deutschlandweiten Konjunkturmuster. Eine ausgeprägte eigene bayerische Konjunktur ist kaum zu erkennen. Seit den späten Fünfziger-Jahren waren die bayerischen Wachstumsraten jedoch

<sup>12</sup> Der Verlauf des FAZ-Aktienindex wurde gewählt, da er 100 Aktien enthält und damit den Aktienmarkt deutlich besser repräsentiert als der nur aus 30 Werten bestehende Leitindex der Deutschen Börse DAX. Zudem spiegelt er besser den für konjunkturelle Betrachtungen reinen Kursverlauf wieder, da er, anders als der Dax, nicht die Dividenden enthält.

<sup>13</sup> Stellvertretend für die damalige Debatte Sinn, H.-W. (2003), Ist Deutschland noch zu retten? München, Steingart, G. (2004) Deutschland, der Abstieg eines Superstars, München. Zur Einführung der Agenda 2010 vgl. Hassel, A., Schiller, C. (2010), Der Fall Hartz IV, wie es zur Agenda 2010 kam und wie es weitergeht, Frankfurt/M.

**Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in Bayern und in Deutschland ab 1951 in Prozent** Abb. 5



meist etwas höher als die deutschen (vgl. Abbildung 5). Letztmals blieb Bayern im Jahr 2008 hinter Deutschland zurück, da sich die weltweite Rezession 2009 auf die bayerische Wirtschaft etwas früher auswirkte als auf die deutsche.

Der enge Zusammenhang der bayerischen und der bundesweiten Wachstumsraten wird auch durch eine Analyse anhand von Korrelationskoeffizienten bestätigt. Der Korrelationskoeffizient gibt das Maß für den Zusammenhang zweier Variablen an. In diesem Fall wird der Zusammenhang zwischen den Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland und den Wachstumsraten in den einzelnen Bundesländern dargestellt.<sup>14</sup>

Der Korrelationskoeffizient zwischen den bayerischen und den deutschen Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts nimmt für die Jahre 1991 bis 2012 einen Wert von 0,93 an.<sup>15</sup> Höhere Korrelationskoeffizienten bestehen lediglich zwischen Baden-Württemberg und Deutschland (0,97) sowie zwischen Nordrhein-Westfalen und Deutschland (0,95). Hessen kommt auf denselben Wert wie Bayern. Somit besteht zwischen den deutschen und den bayerischen Wachstumsraten ein hoher Zusammenhang. Dagegen zeigen die neuen Bundesländer aber auch

Tab. 1 Korrelationskoeffizienten für die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 1991 bis 2012 zwischen den Bundesländern und Deutschland insgesamt

Bundesland	Korrelationskoeffizient
Baden-Württemberg .....	0,97
<b>Bayern .....</b>	<b>0,93</b>
Berlin .....	0,39
Brandenburg .....	0,25
Bremen .....	0,86
Hamburg .....	0,53
Hessen .....	0,93
Mecklenburg-Vorpommern .....	0,06
Niedersachsen .....	0,89
Nordrhein-Westfalen .....	0,95
Rheinland-Pfalz .....	0,87
Saarland .....	0,90
Sachsen .....	0,25
Sachsen-Anhalt .....	0,28
Schleswig-Holstein .....	0,75
Thüringen .....	0,31
Alte Bundesländer ohne Berlin .....	0,98
Alte Bundesländer mit Berlin .....	0,98
Neue Bundesländer ohne Berlin .....	0,26
Neue Bundesländer mit Berlin .....	0,33

Hamburg und Schleswig-Holstein eine deutlich eigenständigere Entwicklung (vgl. Tabelle 1).

Der enge Zusammenhang zwischen den großen Bundesländern wie Nordrhein Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg resultiert auch daraus, dass die Wachstumsraten dieser Bundesländer aufgrund ihres hohen Anteils am gesamtdeutschen Bruttoinlands-

14 Zum Korrelationskoeffizienten vgl. z. B. Fersch, F. (1985) <sup>9</sup>, Deskriptive Statistik, Würzburg, S. 229.

15 Bei einem vollständigen positiven Zusammenhang erreicht der Korrelationskoeffizient einen maximalen Wert von 1,0.

produkt ihrerseits die Wachstumsraten Deutschlands erheblich beeinflussen. So erreichten die drei genannten Länder im Jahr 2013 jeweils einen Anteil von 21,9%, 17,8% bzw. 14,9% des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts.

### Das bayerische Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu den anderen Bundesländern

Mit einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 1,0% im Jahr 2013 lag Bayern in der Rangfolge der Länder hinter Berlin auf dem zweiten Platz (vgl. Tabelle 2). Es folgen Baden-Württemberg und Hessen mit jeweils 0,9% sowie Hamburg mit 0,8%. Genau acht der 16 Bundesländer übertrafen die gesamtdeutsche Wachstumsrate von 0,4%.

Die Rangfolge der Länder wird maßgeblich durch deren Wirtschaftsstruktur geprägt. Liegen in einem Bundesland im Vergleich zu Deutschland insgesamt überdurchschnittlich viele Branchen, die sich im betrachteten Jahr besonders gut entwickelt haben, so

Tab. 2 Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in den Bundesländern im Jahr 2013

Bundesland	Wachstum des BIP in Prozent
Berlin .....	1,2
<b>Bayern .....</b>	<b>1,0</b>
Baden-Württemberg .....	0,9
Hessen .....	0,9
Hamburg .....	0,8
Brandenburg .....	0,7
Bremen .....	0,5
Thüringen .....	0,5
Sachsen .....	0,3
Rheinland-Pfalz .....	0,2
Niedersachsen .....	0,0
Nordrhein-Westfalen .....	- 0,1
Schleswig-Holstein .....	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern .....	- 1,1
Sachsen-Anhalt .....	- 1,2
Saarland .....	- 1,3
Alte Bundesländer ohne Berlin .....	0,5
Alte Bundesländer mit Berlin .....	0,5
Neue Bundesländer ohne Berlin .....	0,0
Neue Bundesländer mit Berlin .....	0,3

wird das Wirtschaftswachstum dieses Landes oberhalb des gesamtdeutschen Wertes liegen und umgekehrt. Der wirtschaftliche Erfolg in den einzelnen Branchen kann jedoch von Jahr zu Jahr schwan-



## Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

### Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die gesamte Produktion von Waren und Dienstleistungen im Inland nach Abzug der (in diese Produktion einfließenden) Vorleistungen und bringt damit die in einer bestimmten Periode erbrachte wirtschaftliche Gesamtleistung zum Ausdruck. Die Bewertung erfolgt zu Marktpreisen. Die Ergebnisse werden sowohl in jeweiligen Preisen (nominal) dargestellt, als auch internationalen Regelungen entsprechend auf Grundlage einer jährlich wechselnden „Vorjahrespreisbasis“ (preisbereinigt bzw. real).

### Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung (BWS) ergibt sich als Differenz aus den Produktionswerten und den Vorleistungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen; sie umfasst – wie das Bruttoinlandsprodukt – also jeweils nur den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert. Die BWS ist bewertet zu Herstellungspreisen. Damit sind in der BWS zwar die empfangenen Gütersubventionen berücksichtigt, nicht jedoch die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern, als Teil der Produktionsabgaben). Gütersteuern und -subventionen sind solche Transaktionen, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten bzw. eingeführten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind oder vice versa geleistet werden (wichtige Beispiele sind die Mineralöl- und die Tabaksteuer). Wie das BIP wird auch die BWS sowohl in jeweiligen Preisen (nominal), als auch preisbereinigt (real) dargestellt.

### Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) wurde 1954 gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der sechzehn Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetages an. Vorsitz und Federführung des Arbeitskreises obliegen dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

ken, sodass die Reihenfolge der Bundesländer von Jahr zu Jahr Änderungen unterworfen ist. Bei der Betrachtung des jeweils aktuellsten Jahres ist ferner zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um erste Fortschreibungsergebnisse des Bruttoinlandsprodukts handelt, die auf den drei Monate nach Ende des Berichtsjahres vorliegenden Daten beruhen, sodass auch seitens der Eingangsdaten noch Änderungen erfolgen. Um gehaltvolle Aussagen bezüglich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesländer treffen zu können, sollte daher das Wirtschaftswachstum der Bundesländer immer über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet werden. Das jeweils aktuellste Jahr für sich betrachtet kann immer nur einen ersten, vorläufigen Einblick geben.

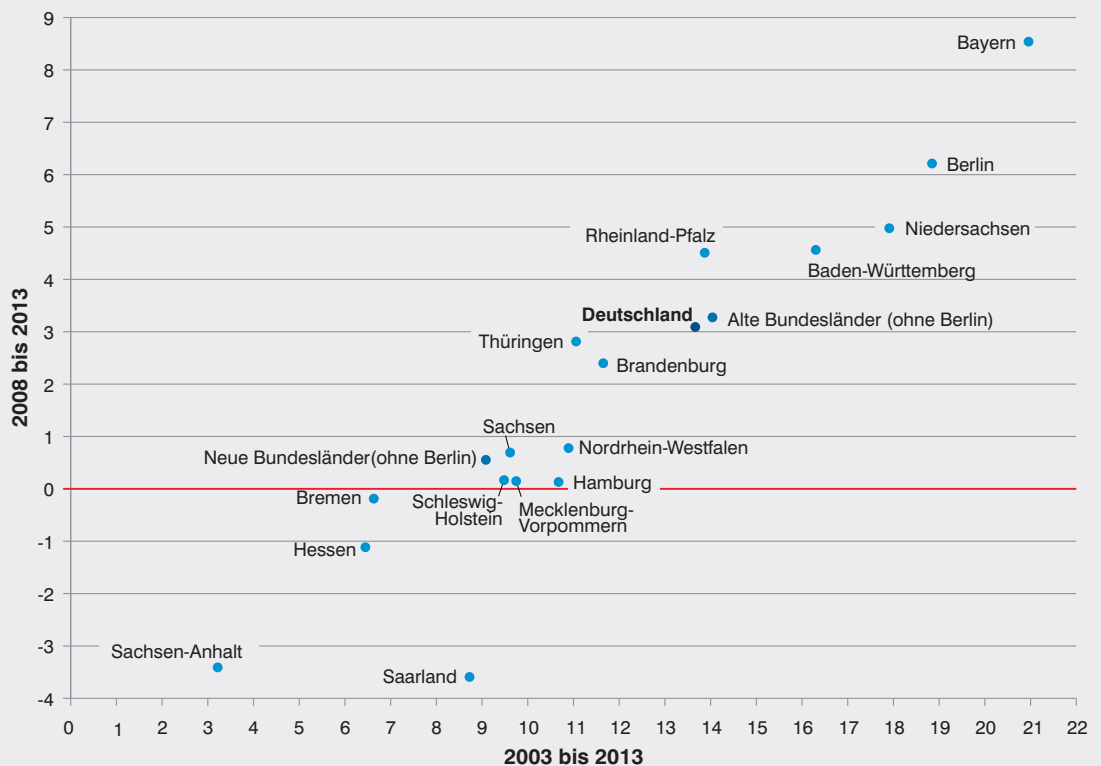
Um die Wirtschaftskraft der Bundesländer zu vergleichen, wurden nachfolgend eine langfristige und eine mittelfristige Perspektive verwendet. Die langfristige Periode beinhaltet den Zehnjahreszeitraum zwischen 2003 und 2013. Die mittelfristige beginnt

mit dem Jahr 2008, also ein Jahr vor der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie zeigt, wie sich das Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern im Vergleich zum Stand vor der Krise entwickelt hat.

Mit einem realen Wirtschaftswachstum von 21,0% von 2003 bis 2013 bzw. von 8,5% von 2008 bis 2013 liegt Bayern für beide Betrachtungszeiträume deutlich an der Spitze aller Bundesländer (vgl. Abbildung 6). Es folgen Berlin mit 18,8% bzw. 6,2% und Niedersachsen mit 17,9% und 5,0%. Die Rangfolge der Länder in der langfristigen und mittelfristigen Betrachtung ist verhältnismäßig stabil. Von den sechzehn Bundesländern haben sechs denselben Rang. Bei weiteren sechs Ländern weicht die Rangfolge um lediglich einen Platz ab. Deutlich schlechter als in der langfristigen Betrachtung schneiden Hamburg und das Saarland in der mittelfristigen Betrachtung ab. Beide Länder verlieren drei Plätze. Umgekehrt können sich Schleswig-Holstein und Sachsen jeweils um zwei Ränge verbessern.

Änderungsrate des Bruttoinlandsprodukts\* in Deutschland 2008 bis 2013 und 2003 bis 2013 nach Bundesländern

Abb. 6



\* Preisbereinigt.

Die langfristige Stärke des Wirtschaftswachstums spiegelt sich auch an der Höhe des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner wider: Je stärker das Wirtschaftswachstum im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung ausfällt, desto höher wird langfristig das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner sein. Auf internationaler Ebene wird diese Größe häufig verwendet, um den Wohlstand zwischen verschiedenen Staaten vergleichen zu können. Auf der kleinräumigeren Ebene innerhalb eines Landes stellt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner jedoch weniger einen Wohlstandsindikator dar als einen Maßstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Bundeslandes oder einer Region. Diese unterschiedliche Betrachtung hängt mit den Pendlerverflechtungen innerhalb eines Staates zusammen: Während auf internationaler Ebene die Zahl der Pendler im Verhältnis zur Zahl der einheimischen Arbeitskräfte in der Regel vernachlässigbar ist<sup>16</sup>, sind Pendlerströme über die Grenzen der Bundesländer hinweg oft von erheblicher Bedeutung. Dies gilt vor allem für die Stadtstaaten, die als Wirtschaftszentren viele Pendler anziehen, aber auch für die neuen Bundesländer, aus denen viele Erwerbstätige in die alten Bundesländer zur Arbeit pendeln. Verzeichnet ein Land einen hohen Einpendlerüberschuss, so wird dessen Bruttoinlandsprodukt von Erwerbstätigen erhöht, die selber nicht im Land wohnen, also nicht zur Einwohnerzahl zählen, die den Nenner der Größe Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

bilden. Dadurch wird das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Ländern mit Einpendlerüberschuss in der Tendenz sehr hoch ausgewiesen. Wird dies als Wohlstandsmaß für die Einwohner des Landes interpretiert, ergeben sich Fehlschlüsse.

Von den 16 Bundesländern hat Bayern nach den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie Hessen das vierthöchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (vgl. Tabelle 3).

Die Einwohnerzahl für das Jahr 2013 entspricht nach dem Konzept des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ dem Stichtagwert zum 30. Juni 2013. Das Statistische Bundesamt verwendet für die nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einen geschätzten Jahresdurchschnitt. So kann es zu leichten Abweichungen zum Deutschlandwert des Statistischen Bundesamts kommen.

Die Reihung der Länder verdeutlicht die nach wie vor bestehenden großen Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Ohne Berlin erreichen die neuen Bundesländer lediglich rund 70% des deutschlandweiten Durchschnitts. Hessen und Bayern liegen jeweils rund 15% darüber.

<sup>16</sup> Ausnahmen sind kleine Staaten wie Luxemburg oder Lichtenstein, die eine im Vergleich zu ihrer Bevölkerung hohe Zahl an Einpendler anziehen.

Tab. 3 Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den Bundesländern im Jahr 2013

Bundesland	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	
	€	Deutschland = 100
Hamburg .....	53 611	161
Bremen .....	43 085	129
Hessen .....	38 490	115
<b>Bayern .....</b>	<b>38 429</b>	<b>115</b>
Baden-Württemberg .....	37 472	112
Nordrhein-Westfalen .....	33 621	101
Saarland .....	31 834	95
Berlin .....	30 642	92
Rheinland-Pfalz .....	30 420	91
Niedersachsen .....	30 149	90
Schleswig-Holstein .....	27 684	83
Sachsen .....	24 226	73
Brandenburg .....	23 751	71
Sachsen-Anhalt .....	23 196	70
Thüringen .....	23 168	69
Mecklenburg-Vorpommern .....	22 817	68
<b>Deutschland .....</b>	<b>33 355</b>	<b>100</b>
darunter		
Alte Bundesländer ohne Berlin .....	35 391	106
Alte Bundesländer einschließlich Berlin .....	35 147	105
Neue Bundesländer ohne Berlin .....	23 585	71
Neue Bundesländer einschließlich Berlin .....	25 129	75



### Entwicklung der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsvolumens in Bayern

Im Idealfall geht Wirtschaftswachstum mit dem Aufbau von Arbeitsplätzen, also einer steigenden Zahl von Erwerbstätigen und rückläufigen Arbeitslosenzahlen einher. Dabei greifen beide Entwicklungen ineinander über: In Phasen eines hohen Wirtschaftswachstums entstehen neue Arbeitsplätze und die wiederum neu entstandenen Einkommen befeuern wiederum das Wirtschaftswachstum. Dieses Muster zeigte sich in der Vergangenheit jedoch oftmals nicht in der Realität. So kam es nach den beiden auf die Erdölkrisen von 1973 und 1979 folgenden Rezessionen zwar wieder zu einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, die Arbeitslosenzahlen verharrten jedoch jeweils auf einem ungleich höheren Niveau als vor den Rezessionen. In den Jahren von 1991 bis 1997 und von 2001 bis 2005 stieg die Arbeitslosigkeit in Bayern trotz eines bis auf das Jahr 1993 positiven Wirtschaftswachstums in erheblichem Ausmaß an (vgl. Abbildung 7). Die Erwerbstätigenzahl sank von 1993 bis 1997 und von 2002 bis 2003. Im Jahr 2005 lag sie lediglich um 5,5% höher als im Jahr 1991, während das Bruttoinlandsprodukt im selben Zeitraum preisbereinigt um 27,4% zugelegt hatte. Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich gleichzeitig um 135,1% erhöht. Es fand in diesem Zeitraum

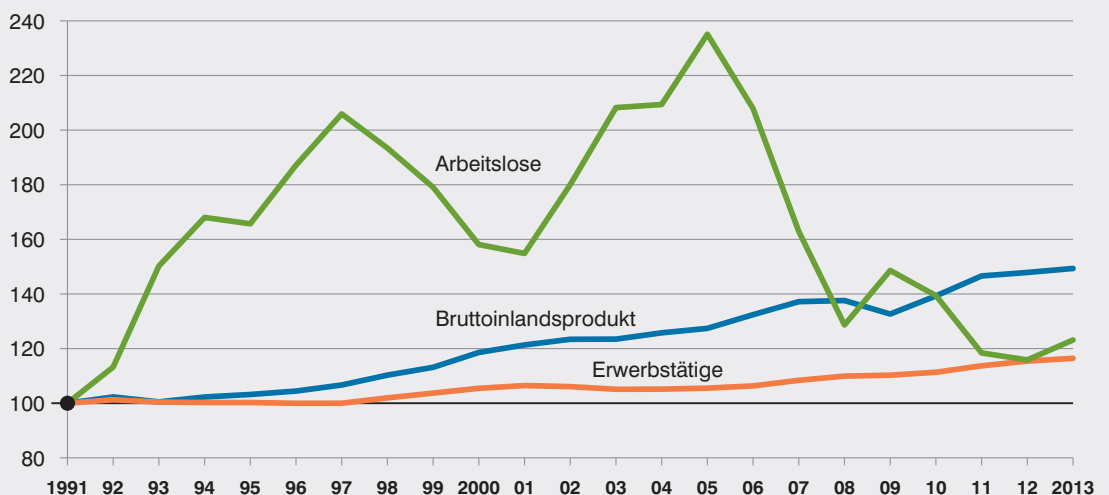
ein Wachstum ohne einen nennenswerten Aufbau von Arbeitsplätzen statt, während sich das Angebot von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt deutlich erhöhte.

Dieses Bild änderte sich ab dem Jahr 2006. Mit dem zunehmenden Wirtschaftswachstum, das seinerzeit vor allem durch stark steigende Exporte angetrieben wurde, stieg auch die Zahl der Erwerbstätigen, während die Arbeitslosenzahlen rückläufig waren. Zunächst unterschied sich diese Entwicklung nicht von dem vorangegangenen Aufschwung der Jahre 1997 bis 2001. Im Jahr 2008 unterschritt jedoch die Arbeitslosenzahl das Niveau des Jahres 2001. Damit konnte erstmals seit der Rezession von 1966/67 im nachfolgenden Aufschwung der Stand der Arbeitslosigkeit vor der Krise wieder unterschritten werden. Der Arbeitslosensockel wurde erstmals seit Jahrzehnten spürbar abgebaut, in Bayern ebenso wie in Deutschland insgesamt.

Die schwere Rezession von 2009 ließ das Bruttoinlandsprodukt von Bayern um 3,6%, das von Deutschland um 5,1% sinken. Dieser schwerste wirtschaftliche Einbruch seit 1945 unterbrach den Abbau der Arbeitslosigkeit lediglich um ein Jahr. Die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern stieg leicht um

**Bruttoinlandsprodukt\*, Erwerbstätige und Arbeitslose in Bayern seit 1991**  
1991 = 100

Abb. 7



\* Preisbereinigt.

Quelle für die Arbeitslosenzahlen: Bundesagentur für Arbeit.



## Erwerbstätige und Arbeitsvolumen

### Erwerbstätige

Die Darstellung der Erwerbstätigen erfolgt als jahresdurchschnittliche Größe. Als Erwerbstätige werden alle Personen gezählt, die als Arbeitnehmer in einem Arbeitsverhältnis stehen, als Selbstständige ein Gewerbe bzw. eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige tätig sind. Der zeitliche Umfang der Tätigkeit sowie die Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt spielen dabei keine Rolle. So sind auch geringfügig Beschäftigte einbezogen. Nicht zu den Erwerbstätigen rechnen dagegen Personen als Verwalter ihres Privatvermögens. Im Falle mehrerer (gleichzeitiger) Tätigkeiten wird der Erwerbstätige nur einmal gezählt.

### Arbeitsvolumen

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer oder als Selbstständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Nicht zum Arbeitsvolumen gehören hingegen die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise Jahresurlaub, Elternzeit, Feiertage, Kurzarbeit oder krankheitsbedingte Abwesenheit. Das Arbeitsvolumen umfasst somit die Gesamtzahl der während des Berichtszeitraums am jeweiligen Arbeitsort von Arbeitnehmern und Selbstständigen innerhalb einer Region tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Es berücksichtigt weder Intensität noch Qualität der geleisteten Arbeit.

### Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

Dem Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) gehören alle Statistischen Ämter der Länder sowie das Statistische Bundesamt an. Der Deutsche Städtetag nimmt beratend an den Sitzungen des Arbeitskreises teil. Vorsitz und Federführung obliegen dem Hessischen Statistischen Landesamt.

0,3%, in Deutschland um 0,1% an. In Umkehrung zur Entwicklung vor 2005 gab es während der Rezession von 2009 Arbeitsplätze ohne Wachstum.

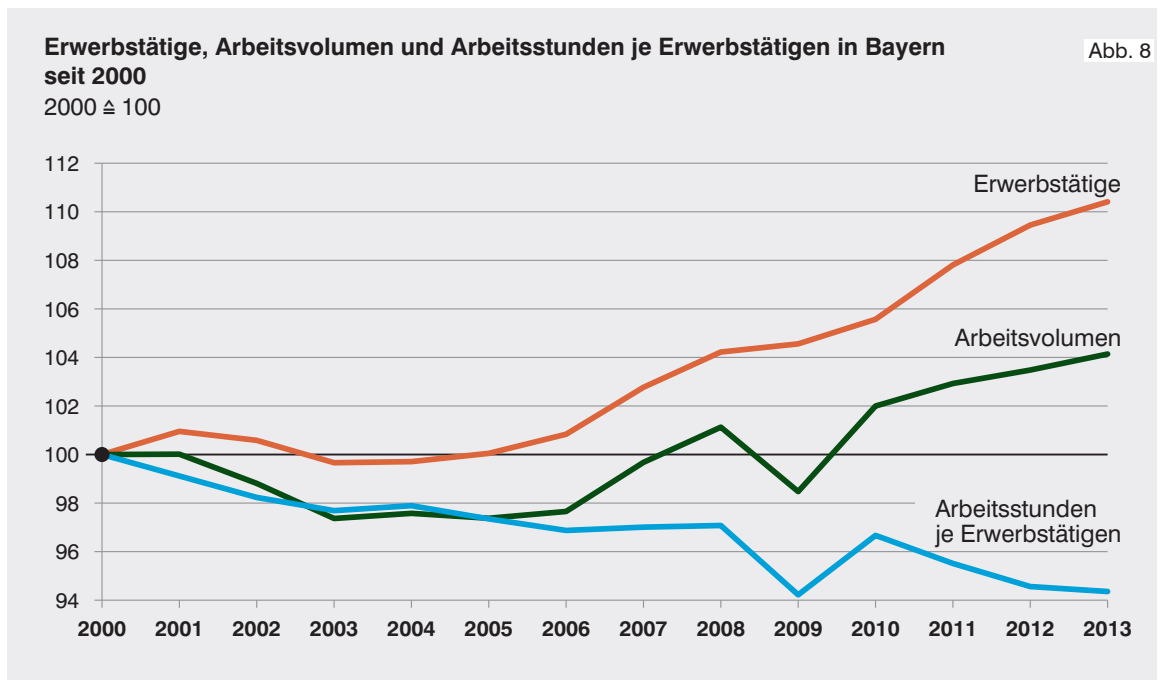
Die Zunahme der Erwerbstätigenzahlen setzte sich auch im Jahr 2013 fort. Insgesamt gab es in Bayern 7,02 Millionen Erwerbstätige. Im Vergleich zu den 6,34 Millionen Erwerbstätigen aus dem Jahr 2003, als sich die Erwerbstätigenzahl letztmals verminderte, entspricht dies einer Zunahme um insgesamt 10,8%.

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt ging einher mit tiefen strukturellen Änderungen. Es besteht eine Tendenz zu kürzeren Arbeitszeiten, vor allem hervorgerufen durch einen anhaltenden Trend zu Teilzeitarbeit. Dadurch wird die Aussagefähigkeit der Analyse der Erwerbstätigenzahl abgeschwächt. Neben den Personen wird eine Betrachtung des Arbeitsvolumens, also der am Arbeitsplatz geleisteten Stunden, immer wichtiger. Angaben zum Arbeits-

volumen liegen seit dem Jahr 2000 vor. Ein Vergleich der erwerbstätigen Personen mit den geleisteten Stunden zeigt ein ähnliches Verlaufsmuster. Allerdings fällt die Zunahme aufgrund der sinkenden Arbeitszeiten bei den geleisteten Stunden weniger deutlich aus als bei den Erwerbstätigen. Eine deutliche Abweichung der Verläufe beider Größen gab es im Jahr 2009, als mittels eines umfangreichen Einsatzes von Kurzarbeit Massentlassungen verhindert werden konnten (vgl. Abbildung 8). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen sank seit dem Jahr 2000 in Bayern von 1 471 auf 1 388 ab.

### Zusammenfassung

Ähnlich wie im Jahr 2012 fiel auch 2013 das Wachstum des bayerischen Bruttoinlandsprodukts mit einer Zunahme um 1,0% eher mäßig aus. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern und zu Deutschland insgesamt schnitt Bayern gut ab. Für Aussagen zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesländer sollte jedoch nicht nur das aktuelle Jahr im Fo-



kus der Betrachtung stehen, sondern eine mittel- bis langfristige Perspektive eingenommen werden. Sowohl in einem Fünf- als auch in einem Zehnjahreszeitraum steht Bayern deutlich an der Spitze aller Bundesländer. Dabei unterschied sich das Muster des bayerischen Konjunkturverlaufs kaum von dem deutschlandweiten. Es ist kein ausgeprägter eigener bayerischer Konjunkturverlauf zu erkennen, die bayerischen Wachstumsraten liegen jedoch in den meisten Jahren über der bundesweiten Entwicklung. Dies spiegelt sich auch in der Höhe des Brut-

toinlandsprodukts je Einwohner wider, das in Bayern mit 38 429 Euro nach Hessen den zweithöchsten Wert aller Flächenländer erreicht. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2013 einen Rekordwert von 7,02 Millionen Personen. Gegenüber dem Jahr 2003 entspricht dies einer Zunahme um 10,8%. Das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen sinkt tendenziell seit dem Jahr 2000, wofür überwiegend der anhaltende Trend zur Teilzeitbeschäftigung ursächlich sein dürfte, während der Rezession von 2009 auch die Ausweitung der Kurzarbeit.